

Pressemitteilung

DKG appelliert an verantwortungsbewusste Impfscheidung

Das Recht auf Krankheit darf nicht zur Gefahr für andere werden

Berlin, 30. September 2021 – Angesichts der noch immer unzureichenden Impfquote in Deutschland appelliert der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) Dr. Gerald Gaß an die noch Ungeimpften, sich ihrer Verantwortung für die Gesellschaft bewusst zu werden. Das individuelle Recht auf Krankheit habe dort Grenzen, wo es die Behandlung anderer Patienten und damit deren Gesundheit gefährde und das Personal im Krankenhaus überfordere.

„Wir leben in einer freien und demokratischen Gesellschaft, in der es grundsätzlich auch für jeden ein individuelles Recht auf Krankheit gibt. Und selbstverständlich fragt niemand im Krankenhaus bei der Aufnahme eines Patienten, ob seine Erkrankung selbstverschuldet sei und durch ein zumutbares Maß an Prävention oder Vorsicht hätte vermieden werden können. Jede Patientin und jeder Patient erhält bei uns die bestmögliche Versorgung, und das ist auch gut und richtig so. Dennoch kann ich die Empörung vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade in den Intensivstationen nachvollziehen, die den ungeimpften COVID-Patienten rücksichtsloses Verhalten vorwerfen. Die Pflegekräfte und Mediziner befinden sich vielfach seit rund 18 Monaten in einem sehr belastenden Ausnahmezustand. Sie sorgen sich in ihrer Empörung um die Möglichkeit, auch in den kommenden Wochen und Monaten für alle Patienten die maximale Gesundheitsversorgung leisten zu können. Und sie sorgen sich auch darum, dass ein Teil der Mitarbeiter, die in den Intensivstationen ihren Dienst leisten, frustriert und enttäuscht den Kliniken den Rücken kehren.“

Wir müssen gemeinsam anerkennen, dass wir auch im Gesundheitswesen über endliche Ressourcen verfügen und unser gesellschaftliches Zusammenleben nur dann funktioniert, wenn sich der allergrößte Teil der Bürgerinnen und Bürger solidarisch und verantwortungsbewusst gegenüber der Gemeinschaft verhält. In einer Demokratie beinhalten

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

SEKRETARIAT
Stephanie **Gervers**
Telefon +49 30 39801-1021

Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025

Fax +49 30 39801-3021
E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

Rechte des Einzelnen immer auch Pflichten gegenüber der Gesellschaft. Es geht dabei um die Verantwortung, die eigenen Rechte nur in dem Maße in Anspruch zu nehmen, wie dies nicht zum Schaden anderer oder aller wird. Das heißt konkret: Wenn die Gesellschaft insgesamt oder in großen Teilen das Prinzip der Solidarität missachtet, werden wir nicht mehr in der Lage sein, eine bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle diejenigen zu ermöglichen, die diese Ressourcen im Notfall brauchen. Jedes Intensivbett und jede Beatmungseinheit, die von einem ungeimpften Patienten in Anspruch genommen wird, steht in diesem Moment einem anderen schwerkranken Menschen nicht zur Verfügung. Jede Pflegekraft und jede Ärztin, die sich um die hoch aufwändigen COVID-Patienten kümmert, kann ihre Hilfe und Zuwendung nicht gleichzeitig anderen lebensbedrohlich kranken Patienten zukommen lassen. 90 Prozent der COVID-Patienten in den Intensivstationen sind nicht geimpft. Nur bei den allerwenigsten gibt es medizinische Gründe, die eine Impfung ausschließen. Es ist deshalb ein wichtiger Akt der Solidarität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, durch die eigene Impfung die knappen und wertvollen personellen und medizintechnischen Ressourcen in unseren Krankenhäusern für die schwerkranken Patientinnen und Patienten zu schonen, die dringend darauf angewiesen sind.

Bitte werden Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst. Nehmen Sie Ihre Rechte in unserer Gesellschaft und Demokratie so wahr, dass sie nicht zu einer Gefahr für andere werden.“

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.914 Krankenhäuser versorgen jährlich 19,4 Millionen stationäre Patienten und rund 21 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,3 Millionen Mitarbeitern. Bei 97 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.